

Islam-Verbände bei Carsten Sieling

Bürgermeister: Im Gespräch bleiben

Bremen. Bürgermeister Carsten Sieling hat sich am Mittwochabend mit Vertretern islamischer Verbände getroffen. Gerade in politisch schwierigen Zeiten sei es der Stadt wichtig, mit den Bremer Muslimen im Gespräch zu bleiben, erklärte Sieling. Zu dem 90-Minuten-Gespräch waren an die zehn Gesprächspartner ins Rathaus gekommen, darunter der Vorsitzende des türkisch-islamischen Ditiib-Landesverbands Niedersachsen-Bremen, Yilmaz Kilic, sowie Repräsentanten der Schura Bremen, einem islamischen Dachverband, und des Verbands der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Mit den drei Organisationen hatte Bremen 2013 einen Islam-Vertrag abgeschlossen. Nur in Bremen und Hamburg gibt es bisher solche Verträge, in Niedersachsen waren Verhandlungen im Januar auf Eis gelegt worden, auch wegen wachsender Kritik an Ditiib.

Ditiib ist in die Schlagzeilen geraten, weil Ditiib-Imame in Deutschland offenbar Menschen mit türkischen Wurzeln bespitzelten. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Spionagetätigkeit. Kilic sagte am Mittwoch laut Senatskanzlei, dabei handele es sich um Einzelfälle. Es werde alles getan, um die Vorwürfe aufzuklären. Zugleich bemühe man sich um strukturelle Änderungen bei der Ditiib-Spitze in Köln. Ditiib ist der Religionsbehörde Diyanet in Ankara unterstellt. Die Ditiib-Imame werden von ihr bezahlt.

Zur Debatte um Auftritte von AKP-Politikern in Deutschland sagte Kilic, er sei generell dagegen, dass hier türkische Politiker sprächen. Dadurch verschärfe sich die Spaltung zwischen Deutschen und Türken noch.

Auch andere Gesprächsteilnehmer hätten zunehmende Muslimfeindlichkeit beklagt, berichtete Helmut Hafner von der Senatskanzlei. Demnach würden türkischstämmige Jugendliche in Schulen angefeindet oder wegen Präsident Erdogan verspottet. Hafner: „Muslims fühlen sich ein Stück im Stich gelassen.“ Dabei leisteten Moscheen wichtige Jugendarbeit – auch gegen Radikalisierung. Zwei Bremer Moscheen hätten radikalen Jugendlichen Hausverbot erteilt. EHO

GRUNDSCHULE STADER STRASSE

Behörde: Lösung in Sicht

Bremen. Im Konflikt um die Zahl der Schulplätze der Grundschule Stader Straße tut sich etwas: „Es zeichnet sich eine Lösung ab“, sagt Annette Kemp, Sprecherin der Bildungsbehörde. Zwar sei es vermutlich schwierig, Räume im Hulsberg-Haus für die Schule zu nutzen, damit diese eine weitere erste Klasse einrichten kann. Doch wahrscheinlich könne die Grundschule künftig Räume der nahen Oberschule Schaumburger Straße nutzen. „Wenn die Grundschule Räume an der Schaumburger Straße nutzen kann, wird eine zusätzliche erste Klasse eingerichtet“, sagt Kemp. Mehrere Kinder aus der Nachbarschaft hatten keinen Platz in der Stader Straße bekommen. SSU

RAUB AN HALTESTELLE

Halskette entrissen

Bremen. Ein Räuber hat einer 68-Jährigen in Horn-Lehe die Halskette abgerissen und die Frau gegen einen Laternenpfahl gestoßen. Sie stürzte und verletzte sich leicht. Der junge Mann entkam. Laut Polizei waren beide am Dienstag gegen 19.10 Uhr in der Lienthaler Heerstraße (Haltestelle Peter-Henlein-Straße) aus der Straßenbahn gestiegen. Er versuchte, mit ihr zu sprechen, als sie aber abwinkte, griff er an ihren Hals und riss an der Kette. Der Räuber ist etwa 18 Jahre alt, rund 1,70 Meter groß und trägt sein dunkelbraunes Haar als Undercut-Frisur. Er hatte blaue Jeans an und eine graue Jacke. Hinweise an die Kriminalpolizei unter Telefon 362 3888. EHO

ÖKUMENE

Gemeinschaft im Dom

Bremen. Zum 500. Jubiläum der Reformation in diesem Jahr soll auch die ökumenische Zusammenarbeit der beiden großen Kirchen gewürdigt werden. Deshalb wird am Freitag, 31. März, 17 Uhr, im Bremer Dom ein gemeinsamer Gottesdienst gefeiert. Unter dem Motto Titel „Heilung der Erinnerung“ gehe es um die Erinnerung an Verfehlungen und gegenseitigen Verletzungen, erklärt Martina Höhns vom Katholischen Gemeindeverband in Bremen. Aber auch um den „Dank für die heute gute ökumenische Gemeinschaft“. Am Gottesdienst beteiligen sich Domkapitular Reinhard Molitor aus Os nabrück, Pastor Renke Brahm, Schriftführer der Bremer Evangelischen Kirche, und Domprediger Christian Gotzen. EHO

AUTOAUFBRÜCHE

Zu laut beim Diebstahl

Bremen. Zu viel Lärm hat ein Autoaufbrücher in Hemelingen gemacht. Die Besitzerin des Autos wurde am frühen Dienstag durch einen Knall aus dem Schlaf gerissen, so die Polizei. Sie schaute auf die Straße und sah einen jungen Mann, der an ihrem Auto hantierte. Polizisten stellten in der Straße Weserdamm einen 17-Jährigen. In seinem Rucksack fanden sie Einbruchswerkzeug und Diebesgut. Der Jugendliche ist der Polizei bereits wegen ähnlicher Fälle bekannt. Ihn erwarten nun vier Strafverfahren wegen schweren Diebstahls, da vier aufgebrochene Pkw im Bereich des Weserdamm gemeldet worden waren. EHO

VON JAN OPPEL

Bremen. Jeden Morgen um acht Uhr schwingt sich Fenja Teichert aufs Rad. Fünf Minuten dauert die Fahrt zum Bus, der sie von ihrem Wohnort Ganderkesee nach Delmenhorst bringt. Dort angekommen, steigt die 19-Jährige in den Zug Richtung Bremen. Für die letzte Etappe zu ihrem Arbeitsplatz nimmt sie die Straßenbahn vom Hauptbahnhof bis zur Haltestelle am Dobben. Dreimal umsteigen, eine Stunde Anfahrt, jeden Morgen – das ist Alltag für die junge Frau, die beim Bremer BUND ihren Bundesfreiwilligendienst absolviert. Teichert ist eine von etwa 129.000 Menschen, die jeden Morgen nach Bremen pendeln – und es werden immer mehr.

Nicht nur die Zahl der Beschäftigten, die täglich aus dem Umland nach Bremen kommen, steigt. Es fahren auch immer mehr Bremer zur Arbeit ins Umland. Täglich sind es mehr als 40.000. Auf dem Arbeitsweg stehen sie im Stau, drängeln sich in Nahverkehrszügen oder sind bei Wind und Wetter mit dem Fahrrad unterwegs. Teicherts Weg zur Arbeit ist mit vielen Hürden verbunden: Mal kämpft die Bahn mit technischen Störungen, mal sorgen das Wetter oder Unfälle für Verspätungen. „Dann brauche ich schnell eine Stunde länger“, berichtet die junge Frau. Mit dem öffentlichen Nahverkehr ist Teichert zwar alles in allem zufrieden, bei der Taktung der Verbindungen sieht sie aber akuten Nachbesserungsbedarf.

Mit der Tagung „Stadt-Land-Verkehr“ hat der BUND Bremen in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer am Mittwoch den Alltag der Pendler im kleinsten Bundesland beleuchtet. Die Arbeitnehmerkammer erstellte das Profil eines typischen Bremer Pendlers. Diesem Idealtyp entspricht Fenja Teichert so gar nicht: Nur 18 Prozent fahren wie sie mit Bus und Bahn oder dem Fahrrad. Die meisten Wege werden noch immer mit dem Auto zurückgelegt: 82 Prozent der Pendler nutzen den eigenen Wagen.

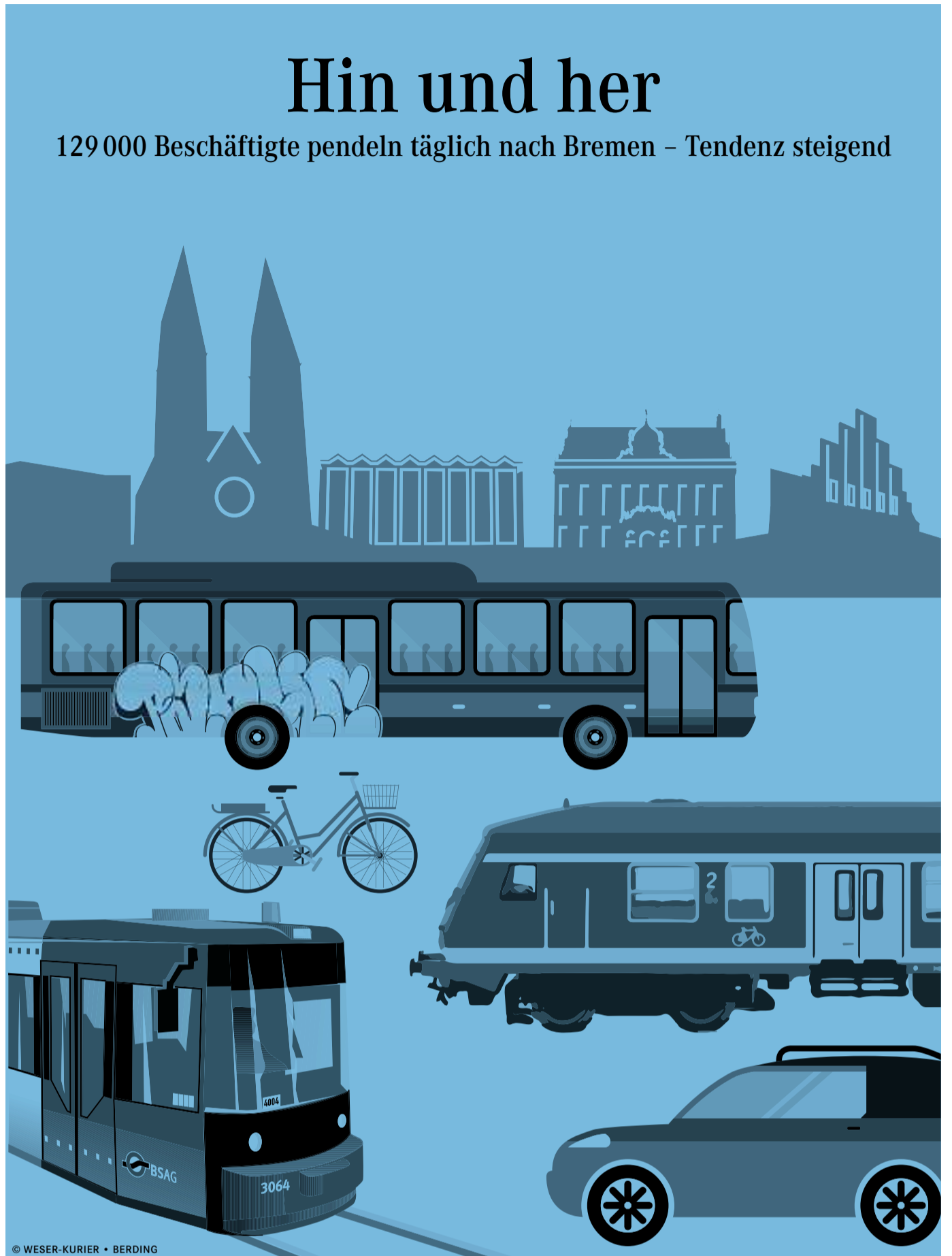
Autopendler trotz Staus schneller

Nicht nur bei der Wahl der Verkehrsmittel fällt Fenja Teichert aus der Reihe. In den meisten Fällen ist es keine junge Frau, sondern ein Vollzeit arbeitender Familienvater mittleren Alters, der täglich aus dem Umland in die Hansestadt fährt. Der typische Pendler ist in 92 Prozent aller Fälle gut qualifiziert und verdient durchschnittlich 380 Euro mehr als nicht pendelnde Bremer und Bremerhavener.

Die hohe Zahl der Autopendler sorgt in der Stadt jeden Morgen aufs Neue für Staus: Die Hauptverkehrsstraßen wie etwa die B75, der Osterdeich oder die Karl-Carstens-Brücke sind chronisch überlastet. Um diesen Zustand zu verbessern, komme es neben der Beseitigung von Engpässen auch auf die Förderung von Bus- und Bahnverbindungen an, sagt Wilhelm Hamburger, Referent beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr. „Durch die Nutzung dieser Alternativen steigen auch die Freiheitsgrade für die Autofahrer.“ Trotz täglicher Staus: Noch dauert eine Fahrt mit dem ÖPNV im Schnitt doppelt so lange wie mit dem Auto. Mit verbesserten Ampelschaltungen und dem Ausbau der Straßen will das Bauresort mittelfristig die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte steigern.

Durch die Pendler gehen Bremen jedes Jahr nicht nur etwa 200 Millionen Euro an Steuereinnahmen verloren, sondern es entstehen auch erhebliche verkehrsbedingte Umweltprobleme durch Abgase, Lärm und Staus.

Bezahlbarer Wohnraum und Baugrund im Umland sind ein Grund für die Stadtlucht der Bremer. Die Nachfrage ist im kleinsten Bundesland deutlich höher als das Angebot. Aber auch das Jobangebot und die Zahl der Schulen und Kindertagesstätten in Bremen



müssten in die Gleichung eingerechnet werden, betont Bausenator Joachim Lohse. Beim Thema Wohnraum bittet er um Geduld: 2500 Bauprojekte seien bereits genehmigt, aber noch nicht realisiert.

ElektroRad als Chance

Bau-Referent Hamburger sieht auch in Elektrofahrrädern eine Chance, um das Pendeln zu entzerren. Die E-Bikes könnten den Berufsverkehr entlasten und gleichzeitig die Umwelt schonen. Die Branche boomt, das Interesse steigt kontinuierlich: Allein 2016 wurden 605.000 Stück in Deutschland verkauft – 70.000 mehr als noch im Vorjahr. So-

genannte Pedelecs fahren auch bei Gegenwind rund 25 Kilometer in der Stunde und könnten gerade für Pendler aus den angrenzenden Gemeinden bei entsprechender Infrastruktur künftig eine echte Alternative zu Autos, Bus und Bahn sein.

Die Bremer Baubehörde hat dieses Potenzial längst erkannt. Konzepte für mehrere sogenannte Fahrradschnellwege sind in Arbeit. In den Niederlanden sind diese Fahrradautobahnen bereits Realität. Dort macht es etwa eine 15,8 Kilometer lange Schnellverbindung zwischen Arnheim und Nijmegen möglich, mit dem Rad in knapp 40 Minuten von Stadtzentrum zu Stadtzentrum zu

kommen. „Diese Chancen haben wir auch in Bremen“, sagt Referent Hamburger.

An Teicherts Arbeitsweg werden all diese Pläne so schnell nichts ändern. Ein eigenes Auto kann sie sich von ihrem Gehalt nicht leisten, auch ein Umzug nach Bremen ist erst einmal nicht drin. Für den Rest ihres Bundesfreiwilligendienstes beim BUND wird sie unter der Woche also weiterhin um acht Uhr aufstehen, radfahren – und bis Bremen dreimal umsteigen. Kommentar Seite 2

So pendeln die Bremer: Eindrücke in unserer Multimedia-Reportage. Anleitung zur Live-App auf Seite 2.

Raus aus den Schulden

Wie die Sozialdeputation die vorbeugende Beratung ausweiten und deren Abbrüche verhindern will

VON ANTIE STÜRMANN

Bremen. Monat für Monat verschlingen Miete, Strom und Einkäufe jeden Euro, den der Arbeitgeber oder das Amt überweist. Mehr noch: Die Ausgaben sorgen dafür, dass der Berg an Schulden wächst. Damit Geringverdienere eine Chance haben, sich aus diesem Strudel zu befreien, bietet ihnen die Stadt Bremen eine präventive Schuldenberatung an. Wer diese Hilfe in Anspruch nehmen möchte, darf derzeit allerdings nicht mehr als 1313 Euro verdienen. Die Politiker der Sozialdeputation wollen diese Einkommensgrenze auf 1401 Euro anheben und die Schuldenberatung so mehr Bremern zugänglich machen.

Es gilt als sicher, dass die Mehrheit der Politiker dem zustimmen wird. Der Vorsitzende der Sozialdeputation, Klaus Möhle (SPD), begründet: „Wir wollen, dass möglichst viele Betroffene die Beratungen nutzen und sie nicht abbrechen.“ Sigrid Grönert (CDU) sagt: „Wenn sich die Einkommen und Hartz IV erhöhen, muss man auch die Einkommensgrenzen anheben.“

In der Stadt Bremen sind nach Berechnungen der Wirtschaftsauskunftei Creditreform rund 33.000 Haushalte (etwa 60.000 Menschen) überschuldet. Grund ist nach Angaben von Schuldenberater Heiko Bödeker vor allem ein dauerhaft zu niedriges Einkommen. Verstärkt habe sich dieses Problem, seit es immer mehr Zeitarbeitsfirmen gibt, sagt Bödeker, der seit 25 Jahren Menschen in finanzieller Not berät und Geschäftsführer der Gesellschaft „A conto“ ist.

Die Quote der überschuldeten Haushalte in Bremen ist im vergangenen Jahr nur leicht von 12,76 Prozent der Haushalte auf 12,67 Prozent gesunken. Auf Bundesebene ist diese Quote niedriger, steigt aber leicht an (2016: 6,85 Prozent). Betroffen sind in Bremen vor allem Haushalte, in denen durchschnittlich zwei Personen leben. Und immer mehr Bremerinnen und Bremer sind nicht nur verschuldet, sondern hoch verschuldet. Das geht aus der Vorlage für die Deputation an diesem Donnerstag hervor. Darin stellt

das Sozialressort fest: Einmal zahlungsunfähig rutschen viele Betroffene immer tiefer in die Überschuldungsmisere hinein. Dagegen gibt es in der Beratung immer weniger neue Fälle.

Die präventive Schuldenberatung greift seit fünf Jahren Bremen unter die Arme, die über ein eigenes Einkommen verfügen oder Arbeitslosengeld beziehen. Ziel ist es nach den Worten Heiko Bödekers, sich mit den Gläubigern zu einigen oder ein Insolvenzverfahren einzuleiten. Auf diese Weise können Berater und Klient unter Umständen eine Lohnpfindung abwenden, die zum Verlust des Arbeitsplatzes führen würde.

Um sich vorbeugend beraten zu lassen, haben im vergangenen Jahr 631 Bremerinnen und Bremer eine der 15 bremischen Beratungsstellen aufgesucht, so der Sprecher des Sozialressorts, Bernd Schneider. „Das

sind 18 Fälle mehr als im Jahr 2015 und 54 mehr als 2014.“ Ausschlag gebend für den Erfolg einer Beratung ist, dass eine Insolvenz vermieden wurde. Das ist in Bremen zunehmend der Fall: Laut Sozialressort sind im Vorjahr 93 von 377 Fällen mit einer außergerichtlichen Einigung abgeschlossen worden – Tendenz steigend.

Eine weitere Neuerung will die Deputation ebenfalls an diesem Donnerstag beschließen: Künftig soll 50 Euro Gebühren für die Beratung bezahlen, wer monatlich netto mehr als 901 Euro einnimmt. Bislang wurden nur ab einem Einkommen von 1101 Euro 103 Euro fällig. Diesen Vorschlag haben die Schuldenberater eingebracht, um einem häufigen Wechsel der Beratungsstellen vorbeugen und der relativ hohen Abbruchquote von fast 17 Prozent entgegenzuwirken.

Neben der präventiven Schuldenberatung bietet die Stadt eine Beratung für überschuldete Hartz-IV-Empfänger, Langzeitarbeitslose und Rentner an. Wie die Sozialbehörde in ihrer Vorlage informiert, hat die Stadtgemeinde für beide Arten der Beratung im vergangenen Jahr rund 1,4 Millionen Euro ausgegeben, davon 421.000 Euro für die präventive Beratung.

Sollte die Sozialdeputation die Neuerungen beschließen, rechnet Schuldenberater Heiko Bödeker mit mehr Rat Suchenden. „Ich denke, es werden für uns im Jahr etwa 30 Fälle mehr sein.“ 30 Bremer, die vielleicht die Chance auf einen Neuanfang bekommen.



Klaus Möhle (SPD)

FOTO: KUHAUPT



Sigrid Grönert (CDU)

FOTO: CDU

Besuch aus Montenegro

Bremen. „Europa darf Montenegro nicht im Stich lassen.“ Mit deutlichen Worten wies der Botschafter von Montenegro, Ranko Vujačić, am Mittwoch bei seinem Antrittsbesuch in Bremen auf die Situation seines Landes hin. Eingezwängt zwischen russischem, chinesischem und türkischem Einfluss auf die Nachbarländer und vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage, unter anderem mit über 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, kämpfte Montenegro um seine Zukunft in Europa. „Der Glanz Europas schwindet, weil wir das Gefühl haben, hingehalten zu werden“, sagte der Gast aus Berlin.

Bei Bürgerschauspräsident Christian Weber fand er damit Gehör: „Europa spielt mit dem Feuer, wenn es sich jetzt nicht eindeutig zu Montenegro bekennt. Der Beitritt zur Nato ist weit fortgeschritten, der Beitritt zur EU sollte genauso schnell vollzogen werden.“ Neben dem Besuch im Landtag waren weitere Stationen von Vujačić der Eintrag ins Goldene Buch, ein Gedankenaustausch mit Senator Joachim Lohse über Energiepolitik und Tourismusförderung sowie Gespräche in der Handelskammer. MIC



Der Botschafter von Montenegro, Ranko Vujačić, setzt auf die Unterstützung Europas. FOTO: KUHAUPT